

# Gemeinderat Adliswil

## Protokoll der 2. Plenumsitzung vom 2. Juni 2010

19.00 Uhr, Aula Schulhaus Hofern

---

### Anwesend

Ratspräsident Thomas Fässler

31 Ratsmitglieder

Ratssekretärin Ida Hofstetter

Protokoll

Ratsweibelin Lydia Schumacher

### entschuldigt

vier Ratsmitglieder

### Präsenz der Exekutivbehörde

#### Stadtrat

Harald Huber

Stadtpräsident

Didier Falbriard

Sicherheit und Gesundheit

Stephan Herzog

Jugend und Sport

Walter Müller

Finanzen

Astrid Romer Schneiter

Bau und Planung

Susy Senn

Soziales

Patrick Stutz

Werkbetriebe

#### Stv. Geschäftsleiter

Gregor Matter

#### Schulpflege

Rita Rapold

Schulpräsidentin

## **Geschäfte**

### **1. Mitteilungen**

### **2. Jahresrechnung 2009 (SRB 67/10)**

Anträge des Stadtrates auf

2.1 Genehmigung der Jahresberichte 2009 der Abteilungen mit Globalbudget

2.2 Genehmigung der Jahresrechnung 2009 der Stadt Adliswil

2.3 Genehmigung der Jahresrechnungen 2009 der Pensionskasse der Stadt Adliswil und der Sparversicherung

Dieses Traktandum gilt auch als Fragestunde.

### **3. Fusion der Spitäler Sanitas und Zimmerberg (SRB 74/10)**

3.1 Antrag des Stadtrates auf Genehmigung des Vertrages und des Rahmenvertrages zur Fusion der Spitäler Sanitas und Zimmerberg zu einem Spital mit zwei Standorten (Kilchberg und Horgen)

3.2 Antrag des Stadtrates, die Einzelinitiative des Ehepaars Dr. med. Nadja Manneh Stark und Günter Stark gegen die Fusion des Spitals Sanitas mit dem Spital Zimmerberg abzulehnen

### **4. Kostendeckende Einbürgerungsgebühren**

Motion von Mario Senn und 23 Mitunterzeichneten betr. Kostendeckende Einbürgerungsgebühren

## 1. Mitteilungen

### 1.1 Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung liegen folgende Entschuldigungen vor:

Sait Acar	Ferien
Simone Huber	Auslandaufenthalt
Thomas Iseli	Ferien
Bernd Riesen	krank

Da der Stimmzähler Sait Acar nicht anwesend ist, ernennt der Ratspräsident Carmen Marty Fässler als Ersatzstimmzählerin. Der Rat ist damit einverstanden.

### 1.2 Rücktritt von Fred Berger

Fred Berger von der SP wurde im Rahmen der Erneuerungswahlen 2010 - 2014 in den Gemeinderat gewählt. Da er aber auch in die Schulpflege gewählt wurde, hat sich Fred Berger für letzteres Amt entschieden. Deshalb hat er den Rücktritt aus dem Gemeinderat eingereicht, der Bezirksrat hat diesen zur Kenntnis genommen.

Gestern hat der Stadtrat das nachrückende Mitglied Peter Bühler formell als Mitglied des Gemeinderates gewählt. Nach der entsprechenden Publikation und Ablauf der Rekursfrist ist die Wahl bis zirka Mitte Juni rechtskräftig.

### 1.3 Information zum künftigen Abstimmungsprozedere

Art. 39 der Geschäftsordnung des Gemeinderates besagt, dass bei eindeutiger Mehrheit auf die Auszählung verzichtet werden kann, sofern diese von keinem Ratsmitglied verlangt wird. Der Ratspräsident erklärt, dass er von dieser Möglichkeit jeweils Gebrauch machen werde.

### 1.4 Mitteilungen aus dem Stadtrat und der Schulpflege

#### **Stadtpräsident Harald Huber:**

Der Stadtrat hat sich kürzlich mit den beiden Motionen „Führung eines gemeinsamen Liegenschaftenzentrums“ und „Integration der Schule in den Stadtrat“ befasst und stellt Ihnen für die Beantwortung den Antrag auf eine Fristverlängerung von sechs Monaten. Sie werden den entsprechenden Antrag erhalten.

### 1.5 Fraktionserklärungen und persönliche Erklärungen

#### **Hanspeter Clesle, persönliche Erklärung:**

Einer der Kernaufträge des Gemeinderates ist die Kontrolle der Exekutive, d. h. die Abläufe, deren Abwicklung usw. zu prüfen und zu hinterfragen. Dazu ist das Fra-

ge- und Auskunftsrecht zentral. Die Beantwortung meiner schriftlichen Anfrage betreffend den raschen Stellenwechsel im Ressort Jugend und Sport trägt diesem Recht ungenügend Rechnung. Die Schule z. B. hat die schriftliche Anfrage von Davide Loss viel präziser und ausführlicher beantwortet. So sollte der Standard sein.

Ich bin enttäuscht über die magere Beantwortung. Man kann den Eindruck erlangen, dass meine Anfrage nicht ernst genommen wurde oder dass etwas verheimlicht wird. Schenkt man den Verwaltungs- und Sportvereinskreisen Gehör, hat die Realität in dieser Beziehung nicht viel mit der Beantwortung zu tun. Wo gearbeitet wird, entstehen unweigerlich Fehler, die zu Unklarheiten führen. Entscheidend ist aber, wie damit umgegangen wird. Es ist ein Ausdruck von Stärke, zu Fehlern zu stehen und Unklarheiten auszuräumen und die Bereitschaft zu haben, daraus die notwendigen Lehren zu ziehen.

Da die verantwortliche Person nicht mehr Teil des Parlaments ist, werde ich dieser Sache nicht mehr nach gehen. Ich bin guter Dinge, dass der Nachfolger dieses Ressorts in dieser Beziehung Klarheit schaffen wird. Eine einheitliche Handhabung in allen Ressorts würde auf jeden Fall dieses Vorhaben unterstützen. Oft werden die kleinen parlamentarischen Vorstösse wie schriftliche Anfrage, Interpellation und die allgemeine Fragestunde unterschätzt. Dabei sind sie für den sachlichen Dialog wichtig. Ich wünsche mir Offenheit und einen direkten, ehrlichen Dialog zwischen Legislative und Exekutive. Ich wünsche mir aber auch, dass öfters eine Diskussion oder ein Sitzungsunterbruch beantragt wird, damit die Kultur des Dialogs auch in der Gemeinderatssitzung mehr Platz findet und nicht alles bereits in den Fraktionssitzungen entschieden und auf Biegen und Brechen durchgezogen wird.

## **1.6 Unterlagen in den Sitzungsmappen**

Der Ratspräsident macht darauf aufmerksam, dass in den Sitzungsmappen der ergänzte Sitzplan und der Sitzungskalender zu finden sind. Er macht speziell darauf aufmerksam, dass im kommenden Dezember nur eine Sitzung geplant ist, und zwar am 8. Dezember.

## **1.7 Nächste Sitzung**

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 7. Juli statt. U. a. sind Einbürgerungen geplant.

## **1.8 Traktandenliste**

Es gibt keine Einwände zur Traktandenliste.

## **2. Jahresrechnung 2009 (SRB 67/10)**

### **Anträge des Stadtrates auf**

#### **2.1 Genehmigung der Jahresberichte 2009 der Abteilungen mit Globalbudget**

#### **2.2 Genehmigung der Jahresrechnung 2009 der Stadt Adliswil**

#### **2.3 Genehmigung der Jahresrechnungen 2009 der Pensionskasse der Stadt Adliswil und der Sparversicherung**

### **Eintretensdebatte**

#### **Yannick Wettstein, Präsident der RGPK, zur Jahresrechnung der Stadt Adliswil:**

Die positive Nachricht vorweg: Die Jahresrechnung 2009 schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 1,7 Mio. Franken ab, d. h. 600'000 Franken besser als budgetiert. Dem Stadtrat ist es damit gelungen, zum dritten Mal hintereinander ein positives Rechnungsergebnis vorzulegen. Wer jedoch die Voten meiner Vorgänger Patrick Stutz und Susy Senn zu den vergangenen Jahresrechnungen noch im Kopf hat, weiss, dass wir in den letzten Jahren finanzpolitisch stürmische Zeiten durchleben mussten. Die positiven Rechnungsergebnisse konnten nämlich jeweils nur dank ausserordentlicher Erträge - z. B. aus Liegenschaftenveräusserungen oder dem Verkauf der Gasversorgung - erzielt werden. Die Beseitigung des strukturellen Defizits, d. h. des Aufwandüberschusses vor a. o. Erträgen, war, ist und bleibt auch weiterhin unsere grösste finanzpolitische Herausforderung.

Die Rechnung 2006 schloss mit einem gewaltigen strukturellen Defizit von 15,1 Mio. Franken ab. Patrick Stutz sagte damals: „Die Zeichen der Finanzen der Stadt Adliswil stehen auf rot.“ Im Jahr darauf betrug das strukturelle Defizit noch immer 11,1 Mio. Franken. Susy Senn bezeichnete dieses Ergebnis als „kleinen Lichtblick“, wies aber darauf hin, dass der Stadtrates an der EURO 08 die rote Karte erhalten hätte. In den Jahren 2008 und 2009 gelang es, das strukturelle Defizit weiter zu reduzieren. Aktuell beträgt es noch rund 1,4 Mio. Franken. Die Wirkung der eingeleiteten Sparmassnahmen zeigt sich hier deutlich. Nicht vergessen werden darf jedoch, dass die positive Entwicklung nicht zuletzt auch mit einer Erhöhung des Steuerfusses um 6 % erkaufte werden musste. Die Jahresrechnung 2009 kann aus diesem Grund nur teilweise für Freude sorgen. Erfreulich ist, dass sich das Eigenkapital der Stadt nach Verbuchung des Ertragsüberschusses von 24,1 Mio. Franken auf 25,9 Mio. Franken erhöht, was der Stadt erlauben wird, zukünftige grössere Belastungen des Haushalts aufzufangen. Gleichzeitig konnte das Fremdkapital erneut verringert werden, nämlich um rund 420'000 Franken auf 84,6 Mio. Franken. Dass wir jedoch weiterhin für eine nachhaltige Gesundung unseres Finanzhaushaltes kämpfen müssen, zeigt sich etwa am schwachen Selbstfinanzierungsanteil für Investitionen oder Schuldentrückzahlungen - derzeit 7 % - oder an der Nettoschuld von 1'456 Franken pro Kopf. Oberstes Ziel muss ein nachhaltig ausgeglichener Gemeindehaushalt sein. Dem Gemeinderat wird dringend empfohlen, den Stadtrat weiter in seinen Bemühungen zu unterstützen.

### Die Jahresrechnung 2009 im Detail

Der allgemeine Nettoaufwand beim Ressort Präsidiales liegt rund 43'000 Franken - +1,3 % - höher als budgetiert, jedoch praktisch im Rahmen des Vorjahres. Einmal mehr sehr erfreulich ist der Abschluss des Ressorts Hochbau, welches seinen Nettoaufwand zum fünften Mal hintereinander reduzieren konnte und signifikant besser abschliesst als budgetiert. Im Vergleich zum Jahr 2005 konnte der Nettoaufwand in diesem Ressort halbiert werden. Auf der anderen Seite ist das Ressort Jugend, Freizeit, Sport punkto Haushaltsdisziplin eher negativ aufgefallen. In den letzten zehn Jahren wurde das Budget lediglich zweimal eingehalten und der Nettoaufwand stieg von 2003 bis 2008 kontinuierlich von 2 Mio. auf 3 Mio. Franken an. Obwohl das Budget im Jahr 2009 erneut um 2,8 % überschritten worden ist, ist positiv zu vermerken, dass der Nettoaufwand im Vergleich zum Vorjahr zum ersten Mal seit sechs Jahren reduziert werden konnte. Im Ressort Werke schloss die Rechnung um rund 1 % besser ab als budgetiert. Der Nettoertrag von 1,7 Mio. Franken resultiert im Wesentlichen aus der Auflösung der Spezialfinanzierung nach dem Verkauf der Gasversorgung. Die Ressorts Tiefbau und Sicherheit schlossen um 3,1 % resp. 2,4 % über dem budgetierten Nettoaufwand ab, jedoch um jeweils fast 10 % über den Vorjahreswerten. Das Ressort Gesundheit, Umwelt konnte erfreulicherweise seinen Nettoaufwand im Vergleich zum Vorjahr um rund 630'000 Franken - fast 10 % - reduzieren. Die mit Abstand grössten Posten im Haushalt der Stadt bilden die Schule sowie die Sozialen Aufgaben. Die Sozialausgaben sind im Vergleich zum Vorjahr netto erneut um über 5 %, also 720'000 Franken, angestiegen. Diese Entwicklung entspricht dem längerfristigen Trend: Betrag der Nettoaufwand im Bereich Soziales im Jahr 2000 noch 8,7 Mio. Franken, so waren es im letzten Jahr bereits 14,8 Mio. Franken, was einer Steigerung von 70 % entspricht. Leider kann diese Entwicklung nur in sehr beschränkter Masse beeinflusst werden. Nachdenklich muss stimmen, dass inzwischen von 100 Einwohnern in Adliswil 5,7 Personen Sozialhilfe beziehen. Das Ressort Soziales wird den geltenden Grundsätzen entsprechend geführt. Die neue Ressortleiterin, Frau Doris Kölsch, hat bei der RGPK einen sehr guten Eindruck hinterlassen. Auch die wachsende Komplexität der Aufgaben der Schule und die ständig neuen kantonalen Anforderungen schlagen sich im Gemeindehaushalt nieder: Die Schule ist im Vergleich zum Jahr 2000 um 5,9 Mio., d. h. 28,7 % teurer geworden. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Nettokosten um 2,8 % gestiegen, wobei die Schule ihr Budget tadellos eingehalten hat. Was die Gemeindesteuereinnahmen angeht, sind weiterhin namhafte aktive Steuerausscheidungserträge im siebenstelligen Bereich aus den Vorjahren ausstehend. Es ist zu hoffen, dass der dazu laufende Rechtsstreit schnellstmöglich geklärt werden kann und die betreffenden Steuerguthaben in Adliswil eintreffen. Wir werden diese Einnahmen für die kommenden Jahre gut gebrauchen können. Stichworte liefern hier insbesondere die anstehenden Schulhausprojekte im Kopfholz und in Adliswil Nord.

Die RGPK hat im Rahmen der Prüfung der Rechnung wieder viele Fragen an den Stadtrat und die Verwaltung gestellt, obwohl die Begründungen zu den Abweichungen vieles bereits geklärt haben. Grösstenteils sind unsere Fragen sehr transparent und kompetent beantwortet worden. Die Belegkontrolle gewährt uns einen wichtigen Einblick in die Ausgaben der Stadt und ein zentrales Instrument der politischen Prüfung der Jahresrechnung. Von den 23'368 Belegen sowie zusätzlich jenen des Ressorts Soziales sind durch die neun Mitglieder RGPK insgesamt rund 5 % stichprobenweise kontrolliert worden. Sehr erfreulich ist, dass sich insbesondere das Abrechnungssystem für Spesenabrechnungen mit Kassencoupons im Verlauf der letzten Jahre verbessert hat, was die Ar-

beit der RGPK wesentlich erleichtert. Weiter lässt sich feststellen, dass die Vorschrift von Art. 57 Abs. 3 der Geschäftsordnung, welche verlangt, dass alle Belege von zwei Personen zu visieren sind, mit wenigen Ausnahmefällen eingehalten wurde. Leider stellte sich heraus, dass das Erfordernis der Doppelvisierung vor dem Amtsantritt des neuen Stadtschreibers nicht konsequent durchgesetzt worden war, wodurch Möglichkeiten zum Missbrauch entstanden. In diesem Zusammenhang ist die RGPK auf eine Natelrechnung über Fr. 642.40 für nur einen Monat gestossen, wobei der Grossteil der Kosten durch Anrufe vom und ins Ausland verursacht wurde. Verwaltungsintern wurde diesbezüglich eine Untersuchung angeordnet.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass die Jahresrechnung 2008 bis auf die erwähnten Punkte korrekt geführt wurde und das Endergebnis insgesamt besser als erwartet, wenn auch noch nicht berauschend ausgefallen ist. An den Stadtrat richtet die RGPK folgende konkrete Empfehlungen:

- Insbesondere beim Einkauf von externen Dienstleistungen wie Mediationen oder Personalassessments ist konsequent das Kosten-Nutzen-Verhältnis zu hinterfragen.
- Die Kosten im Informatikbereich sind weiter zu optimieren.
- Mittelfristig ist anzustreben, die zum Teil notorisch defizitären Alterseinrichtungen der SABA (Stiftung für Altersbauten Adliswil) aus dem Finanzhaushalt der Stadt Adliswil auszugliedern und für eine klare Trennung zwischen dieser privaten Stiftung und der Öffentlichen Hand zu sorgen.

Im Übrigen empfiehlt die RGPK dem Gemeinderat einstimmig, den Jahresberichten 2009 der Abteilungen mit Globalbudgets, der Jahresrechnung 2009 der Stadt Adliswil sowie der Jahresrechnung 2009 der Pensionskasse Adliswil und der Sparversicherung zuzustimmen, mit dem Hinweis an den Stadtrat, den eingeschlagenen Weg konsequent weiter zu verfolgen und seine Sparbemühungen fortzusetzen.

### **Gabi Barco, Referentin der RGPK, zur Pensionskasse und Sparversicherung:**

Die Kontrollstelle Ernst & Young AG hat die Jahresrechnung, Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Alterskonten der Pensionskasse (PK) der Stadt Adliswil für das Geschäftsjahr 2009 geprüft. Dabei wurden die Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben geprüft. Ferner wurde die Anwendung der massgebenden Grundsätze des Rechnungswesens, der Rechnungslegung und der Vermögensanlage sowie die wesentlichen Bewertungsentscheide und die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes beurteilt. Bei der Prüfung der Geschäftsführung wurde beurteilt, ob die rechtlichen bzw. reglementarischen Vorschriften betreffend Organisation, Verwaltung, Beitragserhebung und Ausrichtung der Leistungen sowie die Vorschriften über die Loyalität in der Vermögensverwaltung eingehalten sind. Die Kontrollstelle kam zum Schluss, dass alles dem schweizerischen Gesetz, der Urkunde und den Reglementen entspricht und empfiehlt, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen. Einziger rechtlich relevanter Hinweis betrifft die ungesicherten Anlagen und Beteiligungen bei der Arbeitgeberin - Kontokorrentguthaben von rund 13,4 Mio. Franken, welche mit 12,1% die zulässige Begrenzung von 5 % übersteige.

Im April 2006 hat die PK-Kommission beschlossen, die Anlage bei der Arbeitgeberin innert drei bis fünf Jahren auf die rechtlich zulässigen 5 % des Vermögens zu reduzieren. Das Kontokorrentguthaben bei der Stadt wurde nun auch im Rechnungsjahr 2009 reduziert, und zwar von 24,6 Mio. Franken auf 13,4 Mio. Die von der Stadt Adliswil zurück-

bezahlten rund 11,2 Mio. Franken mussten reinvestiert werden. Mit rund 5 Mio. Franken wurden einerseits die Anlagen in Anleiensobligationen und ähnliche Anlagen erhöht, andererseits wurden weitere rund 8,3 Mio. Franken in Liegenschaften investiert, ca. 3,9 Mio. Franken in das Projekt Glärnischstrasse 1 und 3 und ca. 4,4 Mio. Franken für den Kauf der Liegenschaft Zürichstrasse 12.

Die PK weist per 31.12.09 einen Deckungsgrad von 110,6 % aus. Das ist 5 % mehr als im Vorjahr. Dieser positive Vermögenszuwachs wurde insbesondere für die Erhöhung der nach Gesetz und Anlagereglement nötigen Rückstellungen verwendet. Die Wertschwankungsreserven sind von rund 5,4 Mio. Franken auf rund 9,1 Mio. Franken erhöht worden. Weitere rund 1,5 Mio. Franken wurden für die Erhöhung von versicherungstechnisch notwendigen Rückstellungen benötigt. Der technische Zinssatz von 3,5 % wurde beibehalten. Damit verfügt die PK wieder über die volle Risikofähigkeit und weist sogar wieder freie Mittel in der Höhe von rund 1,5 Mio. Franken aus. Aus diesen freien Mittel wurde die Erhöhung der Verzinsung der Sparkapitalien der aktiv Versicherten mit 1,5 % finanziert. Den Rentnerinnen und Rentner wurde kein Teuerungsausgleich zuteil. Dies mit der Begründung der negativen Jahreststeuerung 2009.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Gemäss Aussage des Geschäftsführers der PK sind die Vermögenswerte der Wertschriftenanlagen aktuell per Ende Mai 2010 unverändert geblieben. Die Sparguthaben der Versicherten werden auch im 2010 mit 3,5 % verzinst. Dagegen ist im Moment nichts einzuwenden. Die Kasse verfügt ja zurzeit noch über genügend freie Mittel. Es ist aber Vorsicht am Platz. Die aktuellen Anlagen der Pensionskassen in Liegenschaften sind als gut zu bezeichnen. Die Renditen werden von 3,9 % bis 6,1 % ausgewiesen.

Zur Investition Zürichstrasse 12:

Die RGPK hat das Projekt Zürichstrasse 12 von Beginn weg sehr eng begleitet. Obwohl die RGPK auch bezüglich der Geschäfte der PK Adliswil - Kauf und Sanierung des Projektes - immer wieder vor Schnellschüssen gewarnt hatte und immerhin erreichen konnte, dass vor dem Kauf Gutachten zum Kaufobjekt selber und bezüglich allfälliger Altlasten eingeholt wurden, sind die Warnungen der RGPK bezüglich der anfallenden Sanierungskosten und des Zeitplanes von den Verantwortlichen in den Wind geschlagen worden, ebenso die schon anfänglich mitgeteilten Bedenken zum Interessenskonflikt des PK-Präsidenten. Nun hat sich gezeigt, dass auf die PK Mehrkosten von rund 500'000 Franken zugekommen sind. Kosten, die angeblich zum Zeitpunkt der Planung nicht bekannt gewesen sein sollen. Diese Aussage ist unhaltbar. Die RGPK hat sich damals mit ihren Hinweisen, dass es sich bei den Investitionen nota bene um Versichertengelder handle und von daher eine sorgfältige Prüfung unumgänglich sei, nicht beliebt gemacht. Auch wenn die Vermögenslage der PK zurzeit als gut zu bezeichnen ist, sind es immer noch die Gelder der Versicherten, die den PK-Verantwortlichen anvertraut sind. Diese sind zu sorgfältigem, transparenten und gesetz- bzw. reglements-konformen Handeln verpflichtet. Ebenso sind sie gegenüber den Versicherten rechenschaftspflichtig. Ich bitte dies in Zukunft zu beachten. Die Problematik des Interessenkonflikts wurde nun gelöst. Ein anderer Stadtrat, Patrick Stutz, wurde nun von der PK-Kommission mit der Mietangelegenheit Zürichstrasse 12 betraut. Gemäss Ankündigung werden Mitte Juni 2010 die Fenster moniert, und der Umzug der Stadtverwaltung ist auf November 2010 geplant.

Etwas Positives ist zur PK-Liegenschaft „Glärnischstrasse“ zu sagen: Im Juni 2004 wurde das erste, im Juni 2007 das zweite Grundstück gekauft. Es wurde gebaut und die Voll-

endung war am 31.7.09, Bauabnahme Ende 2009 und am 18.5.2010 wurde die Bauabrechnung mit einem Abschluss von 1,4 % unter dem Kostenvoranschlag vorgelegt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Vermögenslage der PK der Stadt Adliswil aus Sicht der RGPK als gut zu bezeichnen ist und deshalb auch aufgrund der Empfehlung der Kontrollstelle nichts gegen die Genehmigung der Jahresrechnung 2009 spricht. Auch gegen die Jahresrechnungen 2009 der Spareinlegerkasse und der Sparversicherung gibt es nichts einzuwenden. Die RGPK empfiehlt deshalb einstimmig, die Jahresrechnungen 2009 der Pensionskasse der Stadt Adliswil, der Spareinlegerkasse und der Sparversicherung antragsgemäss zu genehmigen.

### **Hanspeter Clesle, Präsident der Sachkommission:**

Die drei Sachkommissionen der vergangenen Legislatur haben die Rechnung 2009 in den ihnen zugeteilten Produktgruppen geprüft und die Schlussberichte verfasst. Als neuer Präsident der Sachkommission präsentiere ich Ihnen die Schlussvoten der bereits aufgelösten Sachkommissionen.

**Die Sachkommission 1** hat die Jahresberichte zur Rechnung 2009 in Korrespondenz bearbeitet.

Produktgruppe (PG) Behörden und Kultur

Die Differenzen zum Budget 2009 sind generell recht gross, aber nachvollziehbar begründet. Ziel 1, Beziehungen zu Unternehmen: Der Voranschlag-Wert (VA-Wert) für den Indikator wurde rein quantitativ erreicht und im Kommentar ausgeführt. Beurteilen der Zielerreichung im Zusammenhang mit Sparsam- und Wirtschaftlichkeit der Leistungsbringung ist nicht möglich, da der Aufwand zur Zielerreichung kostenmässig nicht separat erfasst wird. Ziel 2, Kultur: Die VA-Werte für die Indikatoren wurden rein quantitativ überschritten, ähnlich der Rechnung 2008. Die Überschreitung ist mit 11 % erheblich, aber im Kommentar nachvollziehbar begründet. Ziel 3, Administration Stadtrat und Gemeinderat: Der VA-Wert für den Indikator wurde rein quantitativ erreicht. Beurteilen der Zielerreichung im Zusammenhang mit Sparsam- und Wirtschaftlichkeit der Leistungsbringung ist ebenfalls nicht möglich, da der Aufwand zur Zielerreichung kostenmässig nicht separat erfasst wird. Die Sachkommission 1 empfiehlt eine bessere Strukturierung, so dass Aufwand und Nutzen bei allen Zielen beurteilt werden kann.

PG Einwohnerkontakte

Diese PG hat einen erfreulich informativen Bericht geliefert. Die Gesamtabweichung der Nettokosten ist mit +0,3 % vernachlässigbar, die Kostendeckung mit 71 % leicht über dem VA. Die Indikatoren 1 und 2 messen die Qualität, die erreichten Werte sind besser als der VA. Bei den Werten für Indikator 3 „Ressourceneinsatz“ wurden die VA-Ziele nicht erreicht, die Abweichungen aber nachvollziehbar begründet.

PG Soziale Aufgaben

Im Berichtsjahr 2009 verfügen nur das Kinderhaus Werd und die Sozialberatung über ein Globalbudget. Auch diese PG hat einen erfreulich informativen Bericht geliefert. Die Überschreitung von 11 % ist bei der Sozialberatung entstanden und im Kommentar nachvollziehbar begründet. Bei der nominellen Auslastung im Kinderhaus Werd wurde der VA-Wert nicht ganz erreicht, da Personalvakanten wegen ausgetrocknetem Stellenmarkt nicht rechtzeitig gefüllt werden konnten. Mit der Situation wurde aber kreativ umgegangen, und die erzwungene Angebotsverknappung resultierte auch in geringen Kosten. Die Sozialberatung hat einerseits trotz Wirtschaftskrise einen erfreulichen Fallrück-

gang beobachtet, andererseits aber konnten 20 % weniger Fälle abgeschlossen werden als vorgesehen. Gründe dafür sind der heute schlechtere Stellenmarkt und die nach wie vor sehr restriktive Haltung der Sozialversicherungen. Die Kostenüberschreitungen von 13 % - rund 0,7 Mio. Franken - resultiert vor allem aus dem Rückgang von Rückerstattungen z. B. der IV sowie durch Heimplatzierungen sowohl zum Schutz der Kinder als auch der Erwachsenen.

Die Sachkommission 1 beantragt Ihnen einstimmig Zustimmung zu den Jahresberichten 2009 von Behörden und Kultur, Einwohnerkontakte und Soziale Aufgaben.

**Die Sachkommission 2** hat die PG's Raumplanung, Verkehr, Versorgung und Landschaft - so gut dies aufgrund des sehr knappen Versandes der Unterlagen der Rechnung 2009 ging - geprüft und hinterfragt. Abklärungen, Koordination mit der RGPK und Gespräche mit den Verantwortlichen aus der Verwaltung konnten nur in ungenügender Weise vorgenommen werden, was die Kommission sehr bedauert. In Zukunft sollte der Versand an RGPK und Sachkommission gleichzeitig erfolgen, damit beide Gremien auf dem gleichen Stand betreffend Prüfung und Fragestellung sind. Somit können auch Gespräche mit den Verantwortlichen der Verwaltung besser koordiniert werden. Die Fragen wurden zur Zufriedenheit beantwortet. An dieser Stelle bedankt sich die Sachkommission 2 herzlich für die geleistete Arbeit und prompte Beantwortung der Fragen.

#### PG Raumplanung

In dieser PG wurden die Ziele erreicht. Die Indikatoren sind messbar und mehrheitlich realistisch gesetzt. Der grosse Einsatz der Verwaltung und die gute Zusammenarbeit zwischen den Ressorts sind spürbar, ebenso sind klare Sparbemühungen erkennbar. Die Rechnung wurde in vielen Punkten unter dem Budget abgeschlossen.

#### Verkehr

Einmal mehr gaben in dieser PG die Rückstellungen aus Kostengründen zu denken. Auf viele Projekte wurde verzichtet. Auch notwendige Massnahmen betreffend Werterhaltung der Verkehrsflächen erscheinen im Finanzplan des Stadtrates ausserhalb der laufenden Periode, was die Kommission sehr nachdenklich stimmt. Sie hat schon des Öfteren auf diesen Zustand hingewiesen; sie ist sich der finanziellen Lage aber bewusst. Werden jedoch sanierungsbedürftige Strassen und darin liegenden Leitungen auch in Zukunft nur per Flickwerk behandelt, werden sich die Kosten um ein Vielfaches erhöhen. Aus diesem Grund hat die Kommission entschieden, das Instrument des Kommissionspostulates wahrzunehmen und ein solches zu diesem Thema einzureichen.

#### Versorgung

Auch in dieser PG konnten die Ziele gross mehrheitlich erreicht werden, Abweichungen sind diesmal begründet und gut nachvollziehbar.

#### Landschaft

Wie bereits in früheren Jahren erwähnt, arbeitet dieser Bereich vorbildlich mit Globalbudget. Die Ziele sind sinnvoll gesetzt, grossmehrheitlich erreicht, Abweichungen nachvollziehbar begründet, und es wurden diesbezüglich nachhaltige Massnahmen ergriffen. Die Indikatoren sind messbar.

Für alle PG's geltend weist die Kommission darauf hin, dass die Indikatoren und Ziele nach wie vor realistisch und sinngemäss sind. Die Kommission ist mit der geleisteten Arbeit und der Rechnung 2009 zufrieden und empfiehlt dem Gemeinderat die Abnahme der Rechnung 2009 für die Bereiche Raumplanung, Verkehr, Versorgung und Landschaft.

**Die Sachkommission 3** hat die Jahresrechnung 2009 der drei PG's "Sicherheit", "Gesundheit, Umwelt" und "Jugend, Freizeit, Sport" geprüft. Bei allen Sitzungen waren die zuständigen Mitglieder der RGPK anwesend. Generell wurde festgestellt, dass die Zielsetzungen in allen drei PG's grossmehrheitlich erreicht wurden. Wo nicht, wurde dies im Kommentar begründet. Ausser der Fragen über das Bestattungswesen konnten alle Fragen zur vollsten Zufriedenheit beantwortet werden. Den drei verantwortlichen Teams dankt die Kommission für die offenen Informationen und die Beantwortung der gestellten Fragen. An der Beschlusssitzung wurden nur die Jahresrechnungen 2009 der PG's "Sicherheit" und "Jugend, Freizeit, Sport" einstimmig genehmigt. Für die PG "Gesundheit, Umwelt" konnten die Fragen zur Kostenentwicklung und zu den Leistungen im Bestattungswesen nicht ausreichend beantwortet werden. Der Verantwortliche hat sich zusammen mit dem Controlling diesen Fragen nochmals angenommen und uns die Antworten per Mail zugestellt. Der erneute Erklärungsversuch war aber immer noch nicht zufriedenstellend. Es wurde darauf hin mit dem Controlling eine weitere Sitzung vereinbart. Zusammen mit der Verantwortlichen des Bestattungswesens konnte einiges klargestellt werden, es wurden auch Fehler eingeräumt. Verbesserungen wurden uns zugesichert. Fazit: Die Führungsinstrumente sind noch mangelhaft und werden nicht benützt. Wie soll ein Ressort sparen, wenn es nicht versteht, wofür Geld ausgegeben wird. Diese Klarheit muss das Controlling liefern. In Anbetracht, dass das Ressort "Gesundheit, Umwelt" 2009 erstmals mit dem Globalbudget gearbeitet hat und Verbesserungen versprochen wurden, beantragt die Kommission mit knappem Mehr dem Rat die Abnahme der Jahresrechnung 2009 der Produktegruppe "Gesundheit, Umwelt". Für die PG's "Sicherheit" und "Jugend, Freizeit, Sport" beantragt sie einstimmig Zustimmung.

Zum Schluss weise ich darauf hin, dass die Verantwortung der Prüfung der Rechnung 2009 und der Schlussberichte bei den Sachkommissionen 1, 2 und 3 liegt.

### **Stadtrat Walter Müller:**

Die Jahresrechnung 2009 schliesst mit 1,7 Mio. Franken Ertragsüberschuss ab, das dritte Jahr hintereinander ein positiver Abschluss. Die Trendwende, die im 2007 eingeleitet wurde, greift heute. Trotz negativer Wirtschaftsprognosen konnte das Budget gut eingehalten werden, es schliesst sogar um 0,6 Mio. Franken besser ab. Es wurde also realistisch budgetiert. Es gibt jedoch nach wie vor ein „aber“, nämlich weil das positive Ergebnis erst nach ausserordentlichen Einnahmen zustande gekommen ist, und zwar durch die Auflösung der Spezialfinanzierung „Gasversorgung“ mit rund 2,5 Mio. Franken. Wir sind übers Ergebnis erfreut, wissen aber, dass wir noch lange nicht am Ziel sind - nämlich eine ausgeglichene Rechnung ohne ausserordentliche Einnahmen.

Zur Bilanz: Nach der Verbuchung des Ertragsüberschusses von 1,7 Mio. Franken beträgt das Eigenkapital per 31.12.2009 rund 26 Mio. Franken. Durch die Amortisation von rund 19 Mio. Franken Fremdkapital in den letzten Jahren wird der Gemeindehaushalt weniger durch Fremdkapitalzinsen belastet. Die Nettoschuld liegt bei rund 23 Mio. Franken, zirka Fr. 1'456.-- pro Einwohnerin und Einwohner.

Zu den Investitionen: Die geplanten Investitionen mit 16,7 Mio. Franken waren sehr hoch angesetzt, ausgeführt wurden rund 7,7 Mio. Franken. Somit wurde das Budget nur zu 46 % ausgeschöpft. Das heisst aber auch, dass die Selbstfinanzierung fast bei 100 % liegt. Der Verkauf der Grundstücke Zipfelweg und Zürichstrasse 24 ergaben rund 1,8 Mio. Franken.

Zum Steuerertrag: Die Steuereinnahmen liegen im budgetierten Rahmen, sie sind rund 4 Mio. Franken höher als im 2008. Bei den natürlichen Personen waren es rund 3 %, d. h. 1 Mio. Franken, mehr, bei den juristischen Personen waren es 43 %, d. h. rund 2 Mio. Franken, mehr. Bei der aktiven Steuerauscheidung ist der anvisierte Ertrag nicht eingetroffen, da beim Kantonalen Steueramt das Verfahren bezüglich unseres grossen Versicherungskonzerns noch nicht abgeschlossen ist.

Zu den Steuereinnahmen 2010: Auch hier liegen wir im budgetierten Betrag.

Zur Pensionskasse: Dieser geht es gut. Der Deckungsgrad ist per 31.12.2009 wieder auf 111 % angestiegen und die Wertschwankungsreserve und die Freien Mittel sind wieder geüffnet. Aber auch das Bauvorhaben Glärnischstrasse konnte im 2009 abgeschlossen werden, und es liegt unter dem Kostenvoranschlag.

Abschliessend kann ich festhalten: Den Adliswiler Finanzen geht es wieder besser, und das stimmt zuversichtlich für die Zukunft.

### **Fredi Morf:**

Die SVP nimmt den Ertragsüberschuss von 1,7 Millionen Franken positiv zur Kenntnis, sie bricht aber nicht in Euphorie aus, da der Aufwandüberschuss vor ausserordentlichen Erträgen noch rund 1,4 Millionen Franken beträgt und hohe Investitionskosten in den nächsten Jahren anstehen. Der Steuerfuss ist mit 110 % immer noch hoch. Es gilt, weiterhin die Kosten im Auge zu behalten. Es ist eine ausgeglichene Rechnung anzustreben und mittelfristig den Steuerfuss zu senken. Die Investitionen müssen zweckmässig und bei Bedarf erfolgen. Es dürfen keine Denkmäler gesetzt werden. Die SVP Adliswil erachtet die neue Dokumentation der Jahresrechnung als zweckmässig und informativ, obschon einzelne Berichterstattungen qualitativ zu wünschen übrig lassen. Wir sind aber davon überzeugt, dass der Stadtrat sich dem annehmen und verbessern wird. Die SVP Adliswil wird ohne grosse Emotionen der Jahresrechnung 2009 zustimmen.

### **Roger Neukom:**

Die Rechnung weist einen um 0,6 Mio. Franken höheren Ertragsüberschuss aus als für das Jahr 2009 budgetiert. Dies ist grundsätzlich ein erfreuliches Zeichen. Weniger erfreulich ist, dass dies wiederum nur aufgrund von ausserordentlichen Erträgen zustande gekommen ist. Das zeigt für die FDP-/EVP-Fraktion, dass noch immer ein strukturelles Defizit besteht. Bitter ist für uns auch, dass dieses einigermaßen gute Ergebnis nur dank einer früheren Steuererhöhung erreicht werden konnte. Folgende Punkte sind der FDP-/EVP-Fraktion auch künftig wichtig und müssen vermehrt beachtet werden:

- Der Kostendeckungsgrad ist noch in vielen Positionen zu klein. Es ist wichtig, den Kostendeckungsgrad stetig zu erhöhen und auf das Niveau anderer Gemeinden zu heben. Noch immer gilt Adliswil in vielen Bereichen als zu grosszügig – die typische „Adliswiler Krankheit“ eben. Die FDP-/EVP-Fraktion fordert die Exekutivorgane auf, künftig in den Anträgen darzulegen, wie andere Gemeinden dieses und jenes organisieren, und genau zu erklären, warum eine Lösung, wie sie beispielsweise in Langnau, Thalwil, Oberrieden, Wädenswil usw. angewendet wird, für Adliswil nicht anwendbar sein soll. Diese Forderung gilt auch für alle Investitionen.
- Es ist endlich eine konsequente Aufgabenverzichtplanung anzugehen. Vor dieser strategischen Aufgabe hat sich der Stadtrat bis jetzt konsequent gedrückt. Gerade das erwarten wir aber von einer strategisch denkenden Exekutive, und nicht nur Anträge

für lineare Budgetkürzungen über alle Ressorts. Die Fragen müssen sein: „Was wollen wir mit unseren Steuergeldern? Wo wollen wir Schwerpunkte setzen?“ Diese zugegebenermassen nicht einfache Debatte muss noch geführt werden. Es kann nicht laufend ein höherer Steuerfuss gefordert werden. Hier würde die FDP-/EVP-Fraktion nicht mitmachen.

- Es kommen grössere Investitionen auf die Stadt Adliswil zu, insbesondere im Bereich Schulhäuser und Alterseinrichtungen. Hier ist eine umsichtige Planung wichtig und unumgänglich. Ein kurzer Blick auf andere Gemeinden zeigt uns, dass innovative und kostengünstige Lösungen möglich sind. Und dass Adliswil auch hier die Angewohnheit hat, teuer zu sein - die „Adliswiler Krankheit“ eben.
- Wir erwarten eine Verwaltungskultur, welche zukunftssträchtig - d. h. mit einem effizienten, verantwortungsvollen Umgang der Gelder - arbeitet. Es soll Wettbewerb herrschen: Nicht darum, möglichst viel Geld auszugeben, sondern um einen möglichst effizienten Umgang mit den Steuermitteln.

Wir danken dem Stadtrat, der Stadtverwaltung und allen Mitarbeitenden, die zum guten Ergebnis beigetragen haben, und hoffen, dass dies auch in den kommenden Jahren fortgesetzt und weiter verbessert werden kann. Wir werden uns dafür einsetzen.

### **Carmen Marty Fässler:**

Es war eine schwierige Aufgabe, mit der neuen Form der Jahresrechnung genügend Transparenz zu erhalten. Wir bitten inständig darum, dass die Kommentare genau verfasst werden, da sonst nahezu keine Kontrollmöglichkeit und auch wenig Nachvollziehbarkeit bestehen. Zudem bitten wir um genaue Hinweise bei den Kommentaren, damit die Zusatzinfos schnell gefunden werden können. Beispielweise wird bei einem Kommentar auf einen Punkt 7 hingewiesen, welchen man aber in der Jahresrechnung nirgends findet. Nach längerem Suchen wird dann klar, dass Punkt 7 auf Seite 133 bei den grösseren Projekten und Vorhaben beginnen muss. Wir fordern auf, weitere Jahresrechnungen noch sauberer und detaillierter zu erstellen, damit das Parlament genügend Einsicht zur Überprüfung erhalten kann.

Nichtsdestotrotz erfreut sich die SP-Fraktion an der Jahresrechnung 2009. Es ist aber klar, dass das gute Resultat auch aufgrund von einmaligen Gewinnen aus Liegenschaftenveräusserungen und weiteren Verkäufen wie zum Beispiel der Gasversorgung aus vorherigen Jahren entstanden ist. Da wir nicht abschätzen können, wie sich die Wirtschaftslage entwickelt, ist alles offen. Investitionen, welche anstehen, dürfen nicht länger nach hinten geschoben werden. Es ist wichtig, dass längerfristig geplant wird, damit nicht noch zusätzliche Kosten durch zu langes Abwarten wie z. B. mit den älter werdenden Schulhäusern entstehen. Neben den vielen Investitionen darf man auch nicht vergessen, dass Adliswil eine grosse Herausforderung mit der Überalterung der Bevölkerung bevorsteht. Sparen geht in diesem Bereich wie auch teilweise in anderen Bereichen auf keinen Fall. Nachhaltige Lösungen sind gefragt. Unser Ziel ist es, auch längerfristig eine ausgeglichene Rechnung ohne ausserordentliche Einnahmen zu erreichen.

Die SP-Fraktion dankt allen Mitarbeitenden der Städtischen Verwaltung. Es stehen Menschen hinter den Zahlen einer Jahresrechnung, welche unzählige Stunden Arbeitseinsatz voller Motivation geleistet haben. Nicht immer einfach ist es vor allem dann, wenn viele Neuerungen anstehen und unter Druck gearbeitet werden muss. Die SP-Fraktion stimmt der Jahresrechnung 2009 zu.

## **Datailberatung**

### **Allgemeine Fragen**

#### **Markus Kuhn:**

Gibt es einen langfristigen Businessplan, über den Zeitrahmen einer Legislaturperiode hinaus, der Schwerpunkte, Ziele und einen möglichen Finanzbedarf auflistet?

#### **Stadtrat Walter Müller:**

Für die langfristige Planung gibt es einerseits den Finanzplan, der über fünf Jahre geht, andererseits den Legislaturplan, der über vier Jahre geht. Mehr ist im Moment nicht vorhanden.

#### **Hanspeter Clesle:**

E-Mails über den Server adliswil.ch werden an die Mitglieder des Gemeinderates weitergeleitet. Werden die eingehenden bzw. umgeleiteten E-Mails auf dem Server gespeichert? Wenn ja, wer hat Zugriff darauf und in welchem Zyklus werden sie definitiv gelöscht, wenn überhaupt?

#### **Stadtpräsident Harald Huber:**

Die E-Mailadressen von den Stadtrats- und Gemeinderatsmitgliedern „vorname.nachname@adliswil.ch“ werden nur gebraucht, um die Mails an die persönlichen Konti weiterzuleiten. Es sind keine E-Mailkonten auf dem Server hinterlegt, entsprechend werden die Mails auch nicht abgespeichert und sind somit in der Stadtverwaltung nicht verfügbar.

#### **Simon Jacoby:**

Hat der Stadtrat geplant, den Internetauftritt zu optimieren und diesbezüglich die parlamentarischen Vorstösse, wie dies bspw. die Stadt Zürich tut?

#### **Stadtpräsident Harald Huber:**

Nein, so wie die Stadt Zürich ihre parlamentarischen Vorstösse darstellt, sind unsere aus finanziellen Gründen auf unserer Homepage nicht verfügbar. Eine solche Lösung ist im Moment auch nicht geplant, und sie dürfte bei der jetzigen Web-Applikation, die vor allem auf der technischen Seite richtig in die Jahre gekommen ist, nicht so einfach sein. Aber man findet die parlamentarischen Vorstösse, sobald sie im Parlament behandelt sind und das Protokoll abgenommen und aufgeschaltet ist. Sie können mit dem Suchbegriff das gewünschte Thema problemlos finden. Wir haben aber vor, die Website in der laufenden Legislatur einer grösseren Revision zu unterziehen, und dann können Sie Ihre Anliegen einbringen.

#### **Roger Neukom:**

Die Erdgastankstelle in Adliswil ist seit dem 30. November 2008 eröffnet. Im Zusammenhang mit der bestehenden Erdgastankstelle sind folgende Fragen interessant:

1. Ist der Erdgasabsatz für die Fahrzeuge aus Sicht der Betreiber Erdgas Zürich AG zufriedenstellend?
2. Wie viele Fahrzeuge wurden bis heute ca. an der Erdgastankstelle Zürichstrasse betankt?
3. Im Vergleich zu anderen Erdgastankstellen in der Region fällt auf, dass der Erdgaspreis in Adliswil pro kg immer ein paar Rappen höher ist. Wie begründet der Stadtrat dies?

**Stadtrat Patrick Stutz:**

Vorweg: Die Erdgastankstelle wurde durch die Erdgas Zürich AG errichtet, gebaut und bezahlt worden. Sie betreibt sie zusammen mit dem Tankstellenbetreiber.

1. Der Absatz Biogas/Erdgas an der Tankstelle ist befriedigend und in der Entwicklung steigend. Der Absatz nimmt mit zunehmender Bekanntheit und mit zunehmender Anzahl Erdgasfahrzeuge stetig zu. Diese Aussagen habe ich von der Erdgas Zürich erhalten.
2. Im 2009 gab es 1'890 Betankungen. Die Abrechnung ist nicht ganz einfach, denn diese erfolgt über die Shell, und die können nur Hochrechnungen machen.
3. Die Erdgas Zürich sagt, dass der Biogas-/Erdgaspreis in der Schweiz von Tankstelle zu Tankstelle unterschiedlich sei, also ähnlich wie bei Benzin und Diesel. Alle Tankstellen, die von der Erdgas Zürich betrieben werden, haben jedoch den gleichen Preis. Im Rahmen der freien Marktwirtschaft kann es aber Preisunterschiede zu anderen Tankstellen geben. Ein Grund für den Preisunterschied ist der Anteil Biogas, der mit mindestens 10 % vorgegeben ist. Wenn die Erdgas Zürich AG mehr Biogas ins Leitungsnetz liefern kann, dann wird der Gaspreis etwas höher, weil das Biogas etwas teurer ist als das normale Gas. Dann spielt sicher auch eine Rolle, wie viel in eine Tankstelle investiert wird. Wir hätten gerne die günstigste Tankstelle, aber steuern können wir dies nicht. Es gilt aber zu wissen, dass Erdgas immer noch günstiger ist, rund 40 Rappen im Verhältnis zu einem Liter Benzin.

**Yannick Wettstein:**

Die Schulsozialarbeit war letztes Jahr immer wieder Thema bei uns. Ein Antrag der Schule lautete auf Erhöhung des Stellenetats der Schulsozialarbeit fürs Schulhaus Werd. Es wurde damals begründet, dass die Situation im Schulhaus Werd prekär sei. Der Antrag wurde abgelehnt. Wie ist die Situation im Werd jetzt, und wenn sie unverändert ist, wieso wird die Motion bezüglich Schulsozialarbeit von Peter Barmettler und mir nicht dringend behandelt?

**Schulpräsidentin Rita Rapold:**

Die Situation im Schulhaus Werd ist nicht mehr in dem Masse akut wie sie eine zeitlang war, und das was ist, wird durch einen Grosseinsatz der Lehrpersonen aufgefangen und in einzelnen Bereichen müssen Schulsozialarbeitende von anderen Schulhäusern einspringen. Die Antwort auf die Motion ist parat. Sie wurde vergangenen Dienstag im Stadtrat behandelt. Da es aber Missverständnisse gegeben hat, ist sie nochmals zurückgekommen. Wir werden sie so schnell als möglich wieder einreichen.

**Davide Loss (für Simon Jacoby):**

Bezüglich des Jahres der Biodiversität stellen sich folgende Fragen:

1. Hat die Stadt Adliswil spezielle Veranstaltungen oder sonstige Aktivitäten geplant hat?
2. Wird der Tüfihof nach den entsprechenden Kriterien geführt und diesbezüglich von der Stadt Adliswil unterstützt wird?

**Stadtrat Patrick Stutz:**

Ja, zum UNO-Jahr der Biodiversität hat auch die Arbeitsgruppe „Natur und Landschaftsschutz“ verschiedene Veranstaltungen geplant, drei stehen schon fest, zwei sind noch provisorisch. Eine hat bereits stattgefunden, und zwar am 25. März ein Vortrag „Der Garten, ein kleines Paradies“. Am 13. Juni ist der Tag der Artenvielfalt - Begehung verschiedener Örtlichkeiten in Adliswil. Sie haben dazu am 12. Mai eine Einladung erhalten. Am 3. November findet im Haus Brugg ein weiterer Vortrag - „Der Bartgeier“ - statt. Parallel dazu sind wir daran, einen Flyer zur „Lichtverschmutzung“ zu erstellen. Dieser wird dann in alle Haushaltungen verschickt. Zu diesem Thema werden wir auch noch einen Vortrag organisieren.

Zum Tüfi-Hof: Dieser wirtschaftet nach dem Demeter-Standard, einem der anspruchsvollsten Bio-Standards. Wir unterstützen ihn auch, u. a. mit zwei Naturschutzgebieten - Tal und Kopfweid - wofür die Stadt zwei Mal pro Jahr Fr. 500.-- für die Bewirtschaftung ausrichtet. Weiter unterstützen wir ihn in der Zusammenarbeit. Wir haben dieses Jahr im Landwirtschaftsland Kopfholz 12 Hochstammbäume gepflanzt, 7 Apfel-, 2 Kirsch-, 2 Birnen- und 1 Zwetschgenbaum - der Forst hat diese Arbeit übernommen.

**Clemens Ruckstuhl:**

In der Sonntagszeitung vom 16. Mai war ein Artikel mit dem Titel „Zürich vertagt die Gefahrenkarte. Zuständigem Amt wurden 6,5 Mio. Franken gestrichen.“ Weiter ist zu lesen, dass weitere Projekte nicht realisiert werden. Einzig fortgeschrittene Projekte in Greifensee, im unteren Sihltal und am rechten Zürichseeufer würden abgeschlossen. Wie steht das mit den diesbezüglichen Adliswiler Projekten? Werden diese auch nicht realisiert?

**Stadtrat Patrick Stutz:**

Mir ist nicht bekannt, dass irgendwelche Projekte abgebrochen werden. Ich kläre dies aber gerne ab und informiere Sie an der nächsten Sitzung.

**Fredi Morf:**

Das Stadtammann- und Betreibungsamt ist im neuen Organigramm der Stadt Adliswil - siehe Seite 5 Geschäftsordnung des Stadtrates - als Bereich innerhalb des Ressorts Präsidiales aufgeführt. An der Angliederung des Amtes beim Präsidialressort ist an sich nichts zu kritisieren. Meine Frage ist aber, weshalb das Betreibungsamt als voll integriertes Amt eingezeichnet ist und nicht mit gestrichelten Linien. In vielen Gemeinden im Kanton Zürich sind die Betreibungsämter in den Organigrammen so gekennzeichnet, dass klar darauf hingewiesen wird, dass die Stadt lediglich in administrativen Belangen zuständig ist. Fachlich ist das Stadtammann- und Betreibungsamt genauso wie das

Friedensrichteramt den Gerichtsinstanzen unterstellt. Die Stadt hat somit keinerlei Einflussmöglichkeit auf die Amtsführung des Betriebsamtes in fachlicher Hinsicht. Dies im Unterschied zu anderen Abteilungen, wo die Stadträte Vorgaben in ihren Ressorts machen können. Diesem Umstand ist meiner Meinung nach im Organigramm, analog wie in anderen Gemeinden, Rechnung zu tragen. Meine Frage an den Stadtrat: Gedenkt er, das Organigramm dahingehend anzupassen, als dass für die Einwohnerinnen und Einwohner, aber auch für die Mitarbeitenden klar hervorgeht, dass das Stadtammann- und Betriebsamt nicht vollständig dem Ressort Präsidiales unterstellt ist, z. B. mit gestrichelten Linien, sondern ein Grossteil der Aufsicht durch die Gerichte wahrgenommen wird?

**Stadtpräsident Harald Huber:**

Im aktuellen Organigramm der Stadt Adliswil wurden - im Gegensatz zu den Organigrammen anderer Gemeinden - bereits die neuen Regelungen im EG SchKG berücksichtigt, die per 1. Juli 2010 in Kraft treten. Gemäss EG SchKG, § 6 beaufsichtigt der Gemeinderat - Adliswil: Stadtrat - das Betriebsamt in organisatorischer und personeller Hinsicht. Zudem regelt der Stadtrat die Arbeitsverhältnisse der Betriebsbeamten und der weiteren Mitarbeitenden des Betriebsamtes (§ 10). Diese Personen werden dem Personalrecht der Gemeinde unterstellt und von ihr entlohnt. Da beispielsweise auch das Zivilstandswesen, das Einwohnerwesen und die Steuerabteilung ganz oder teilweise anderer fachlicher Aufsichtsorgane unterstellt sind, macht es keinen Sinn das Betriebsamt mit gestrichelter Linie ins Organigramm aufzunehmen. Der Stadtrat wird daher das Organigramm so belassen. Mit dem neuen Betriebsamt Sihltal ist die Aufsichtsbehörde nicht in fachlichen, aber in allen anderen Belangen, die Stadt Adliswil.

**Ueli Gräflein:**

Sind in den Jahren 2010 - 2014 Verkäufe von städtischen Liegenschaften und Landreserven vorgesehen. Wenn ja, welche und wieso?

**Stadtrat Walter Müller:**

Ja, im Finanzplan 2009 - 2013, S. 36 und 37, sind geplante Veräusserungen sichtbar. Es sind strategische Entscheide des Stadtrates, und die geplanten Veräusserungen werden mit entsprechenden Anträgen an den Gemeinderat folgen.

**Gabi Barco:**

Stimmt es, dass das Public Viewing der Fussball-WM nur in der Kulturschachtle stattfinden wird und nicht draussen? Wenn es draussen wäre, hätte man bessere Bildqualität als das letzte Mal?

**Stadtrat Stephan Herzog:**

Die Qualität beim letzten Public Viewing im Freien war tatsächlich nicht immer überzeugend. Eine bessere Qualität hätte einen enorm höheren Aufwand bedeutet. U. a. deshalb wurde beschlossen, die eigentliche Leinwand nur noch in der Kulturschachtle zu haben.

## **Spezifische Fragen**

### **Franco Rossi, S. 1, Absatz 3:**

Wir haben von den 46 % ausgeschöpften Investitionsvorhaben gehört. Diese werden mit einem sogenannten positiven Effekt begleitet. Den Steuerzahlenden haben wir 100 % versprochen, realisiert wurde 46 %, ausstehend sind 54 %. Gibt es hier auch einen positiven oder negativen Effekt?

### **Stadtpräsident Harald Huber:**

Dass wir das Budget zu Hälfte ausgeschöpft haben, heisst, dass wir die Hälfte investiert haben, und diese Hälfte konnten wir selber finanzieren. Hätten wir 100 % ausgegeben, wäre der Selbstfinanzierungsgrad gestiegen. Falls die Frage nicht vollständig beantwortet wurde, bitte ich um schriftliche Zustellung, und ich werde an der nächsten Sitzung nochmals darauf eingehen.

**Franco Rossi** stellt die Frage dem Stadtpräsidenten schriftlich zu.

### **Gabi Barco, S. 21 und 22:**

Ist es möglich, den Indikator 2.2 (S. 21) Anzahl Vereinsunterstützung und die Anzahl Veranstaltungen (S. 22) im Sinne einer Verbesserung mit einer Liste zu ergänzen, die aussagt, welche Vereine und Veranstaltungen unterstützt wurden?

### **Stadtpräsident Harald Huber:**

Ich nehme das auf.

### **Barbara Häberli, S. 25:**

Ich gehe davon aus, dass mit dem Zuzug von 2'000 - 3'000 neuen Einwohnern in Adliswil, beträchtliche Mehrarbeit im Einwohnerwesen und allenfalls in anderen Abteilungen anfallen wird oder zum Teil bereits angefallen ist. In welchem Umfang fällt die Mehrarbeit an? Per wann wird eine Aufstockung der Mitarbeiter in Betracht gezogen? Falls keine Aufstockung erfolgt, wie wird diese zusätzliche Mehrarbeit mit gleichem Personalbestand bewältigt?

### **Stadtpräsident Harald Huber:**

Bis jetzt haben wir noch keinen signifikanten Mehraufwand gehabt, dies wird erst in rund einem Jahr sein, dann kommen nämlich die vielen Zuzügerinnen und Zuzüger. Im Zusammenhang mit dem Umzug an die Zürichstrasse 12 ist geplant, einen separaten Empfang mit Telefonzentrale zu schaffen, der das Einwohnerwesen entlasten soll. Dies und die Mehrarbeit durch die neuen Einwohnerinnen und Einwohner wird in der aktuellen Planung berücksichtigt und im Budget 2011 ausgewiesen. Dies gilt übrigens nicht nur fürs Einwohnerwesen, denn diese vielen Zuzüge werden Auswirkungen auf die ganze Stadtverwaltung haben.

**Mario Senn, S. 32:**

Staatliche Stellen gelten gemeinhin als lausige Schuldner. Dies bringt Unternehmen immer mal wieder in Liquiditätsschwierigkeiten. Im Jahresbericht gibt es nur einen Indikator, der die 2. Mahnungen abdeckt. Gilt das auch für Adliswil? Wie gross ist die durchschnittliche Zahlungsdauer - nach Rechnungseingang - in Tagen? Hat sich der Stadtrat überlegt, auch einen Indikator einzuführen, der die 1. Mahnungen abdeckt.

**Stadtrat Walter Müller:**

Nein, Adliswil ist kein schlechter Zahler. Im 2009 war nur einmal eine zweite Mahnung eines Unternehmers durch das Verschulden der Stadt Adliswil nötig. Grundsätzlich werden die Zahlungsfristen eingehalten. Wir prüfen gerne, wie viel Aufwand es bedeuten würde, auch die 1. Mahnungen zu erfassen.

**Carmen Marty Fässler, S. 33:**

Beim Leistungsumfang, Gebäude steht bei Rg. 08 „132“, bei VA 2009 steht „134“ und realisiert wurden „29“ (IST 2009). Als Datenquelle wird das „Liegenschafteninventar“ angegeben. Die Begründung auf Seite 34 beim Leistungsumfang steht ohne genauere Erklärungen da. Wie ist die Zahl 29 - statt 134 - bei der Anzahl Gebäude einzuordnen?

**Stadtrat Walter Müller:**

Diese Frage kann ich nicht beantworten, ich werde dies an der nächsten Sitzung tun.

**Hanspeter Clesle, S. 47:**

An der Leimbachstrasse sind rosa Pfeile mit Markiersprühdose versetzt an der linken und rechten Strassenseite angebracht worden. Sind da versetzte Parkplätze vorgesehen und wenn ja, wurde oder wird dieses Vorhaben ausgeschrieben und warum wurde diese Variante der Verkehrsberuhigung gewählt?

**Stadtrat Didier Falbriard:**

Ja, die Parkplätze auf der Leimbachstrasse sind in Zusammenarbeit mit der Verkehrstechnischen Abteilung der Kantonspolizei markiert worden. Sie müssen nicht ausgeschrieben werden, da keine zeitliche Beschränkung vorgesehen ist. Die Markierungsarbeiten erfolgen im Sommer wenn der neue Deckbelag eingebaut ist. Aufgrund von verschiedenen Begehren von Anwohnenden und einer gleichlautenden Frage in diesem Rat von Stephan Winter im 2006 wurden verschiedene Varianten zur Verkehrsberuhigung geprüft. Tempo 30 wäre eine Möglichkeit gewesen. Wir haben uns für die einfachere zu realisierende Massnahme zur Verkehrsberuhigung entschieden, eben die versetzten Parkplätze. Falls notwendig sind Nachbesserungen immer noch möglich.

**Hanspeter Clesle, S. 51:**

Wie ist der Status der Realisierung des „Fernmeldesystems“ der Wasserversorgung? Sind die Sonden verlegt und die Überwachung des Online-Monitorings vergeben? Wer hat oder wird alles auf die Online-Monitoring-Daten Zugriff haben?

**Stadtrat Patrick Stutz:**

Die Sonden sind noch nicht eingebaut. Derzeit wird bei der Wasserversorgung Zürich fürs Online-Monitoring und die Auswertung der Daten eine Offerte eingeholt bzw. wir haben schon mehrere Anfragen gemacht, auf die wir noch keine Antworten erhalten haben. Sobald die Antworten vorliegen, wird das weitere Vorgehen festgelegt. Den Einblick ins Online-Monitoring wird sicher die Firma haben, die das Monitoring macht. Entsprechende Auswertungen werden wir erhalten.

**Harry Baldegger, S. 51:**

Wer ist bei der Stadt Adliswil für das Controlling der Erdgas Zürich AG - Betriebsführerin der Wasserversorgung - verantwortlich? Verfügt diese Person über die notwendigen fachtechnischen Qualifikationen sowie Aus- und Weiterbildungen? Wenn ja, welche?

**Stadtrat Patrick Stutz:**

Das Ressort Werke ist weiterhin verantwortlich für die Wasserversorgung in Adliswil. Die der Erdgas Zürich übertragenen Arbeiten werden durch die technischen Betriebe beaufsichtigt. Sämtliche geplanten Projekte im Rahmen der Wasserversorgung werden zwischen den technischen Betrieben und der Erdgas Zürich AG koordiniert. Weiter finden Besprechungen statt, wo die Erdgas Zürich AG die erledigten Arbeiten dokumentiert. Im Weiteren erarbeitet die Stadt Adliswil mit einem unabhängigen Ingenieurbüro einen generellen Wasserplan, der den Zustand der Anlagen und Wasserversorgung beurteilt und entsprechende Massnahmen festhält. Grundsätzlich verfügt aber die Erdgas Zürich AG über genügend fachlich qualifizierte Mitarbeitende, und wir möchten auf eine zusätzliche Controllingstelle verzichten. Die Erdgas Zürich AG hat übrigens im 2009 die Arbeiten im Sinne des Betriebsführungsmandates „Wasser“ zur Zufriedenheit des Ressorts Werke erledigt; die Mitarbeitenden des Ressorts haben entsprechende Ausbildungen im Ingenieurbereich.

**Mario Senn, S. 75:**

Die Anzahl der Ausleihen aus der Bibliothek ist rückläufig. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen der städtischen Bibliothek und der einzelnen Schulbibliotheken? Welche Synergien bestehen und werden ausgenutzt? Wurde schon einmal überlegt, Schul- und Stadtbibliotheken zusammenzulegen?

**Stadtrat Stephan Herzog:**

Es ist tatsächlich so, dass die Anzahl Ausleihen rückgängig waren. Interessant dabei ist aber, dass die Anzahl Besucherinnen und Besucher nicht im gleichen Ausmass, sondern nur marginal, rückläufig ist. Das ist darauf zurückzuführen, dass immer mehr Leute nicht mehr 10 bis 15 Medien aufs Mal mitnehmen, sondern weniger.

Bezüglich Zusammenarbeit: Es finden regelmässig Führungen von Schulklassen in der Bibliothek statt, um die Schülerinnen und Schüler mit dem Angebot und dem Ausleihdienst vertraut zu machen. Mit Ausnahme der vorerwähnten Zusammenarbeit bestehen keine Synergien. Die Einkäufe erfolgen separat. In der städtischen Bibliothek wird aber immer das günstigste Angebot berücksichtigt.

Zur Zusammenlegung: Solche Überlegungen sind bei der städtischen Bibliothek schon gemacht worden. Das würde bedeuten, dass die Bibliothek vergrössert werden müsste. Es bräuchte auch einen zusätzlichen Klassenraum zum Arbeiten und mehrere PC-Arbeitsplätze müssten eingerichtet werden. Dazu käme der Initialaufwand für die Erfassung der Lehrmittel, da unterschiedliche Softwares verwendet werden. Der ganze Koordinationsaufwand würde wahrscheinlich höher ausfallen als das, was eingespart werden könnte.

**Stefan Winter, S. 84:**

An der Gemeinderatssitzung vom 1. Okt.2008 wurde durch die SVP dem Stadtrat zu den leerstehenden 1-Zimmerwohnungen in der Alterssiedlung im Tal Fragen zur Vergrösserung der Zimmer gestellt. Da die Stadt sicher um jede Einnahmequelle froh ist, stellt sich mir die Frage nach dem jetzigen Stand der Dinge. Was haben die erwähnten Abklärungen mit den Baufachleuten ergeben? Wie hoch sind die Mietzinsausfälle aktuell und wie sieht das künftige Vorgehen zu diesem Thema aus?

**Stadtrat Walter Müller:**

Die Alterssiedlung im Tal vermag aufgrund des bestehenden Raumangebots/-konzepts mit den vielen 1-Zimmerwohnungen den Bedürfnissen nicht mehr zu genügen. Sie sind auch in einem schlechten Bauzustand, insbesondere die Haustechnikanlagen, die Nasszellen und Küchen. Rund 12'792 Franken pro Monat werden durch leerstehende Einzimmerwohnungen verursacht. Der Stand der Projektierungsarbeit ist so, dass die Architekturausschreibung erfolgt ist, sie wird bald in den Stadtrat und anschliessend in den Gemeinderat gelangen.

**Renato Günthardt, S. 117:**

Die anlässlich der Debatte über das Budget 2009 am 17.12.2008 vom Gemeinderat nach oben angepassten Beträge in den Konten 931.3900, 932.4340, 933.4320 wurden nicht erreicht. Als Erklärung dient, dass auf der anderen Seite auch die Ausgaben für die Löhne unter dem Budget liegen, da die Schülerzahlen zu tief waren. Ich frage mich, ob die Schule den Bedarf bei der Abstimmungsvorlage über die Erweiterung der Tagesstrukturen richtig eingeschätzt hatte. Mittlerweile hat die Schulpflege an ihrer Sitzung vom 14. April 2010 offenbar ein neues Reglement für die Betreuungsangebote und die Tarife beschlossen, das ist auf der Homepage der Stadt Adliswil so ersichtlich. Wenn man jedoch das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 17. Dezember 2008 liest, sieht man, dass die Schulpräsidentin damals ankündigte, dass die Schulpflege bereits im Frühling 2009 über neue Tarife beschliessen werde. Meine Frage ist nun, ob schon im Frühling 2009 erste Anpassungen der Tarife erfolgten, und wenn nein, weshalb die Tarifanpassungen erst ein Jahr später von der Schulpflege beschlossen wurden. Zudem interessiert mich, ob die Schulpflege die Tarife jetzt dahingehend angepasst hat, dass in Zukunft mit einem Kostendeckungsgrad von 50 % gerechnet werden kann?

**Schulpräsidentin Rita Rapold:**

Diese Frage gibt mir Gelegenheit, die Informationen, die ich hier am 3. Juni 2009 gegeben habe, zu wiederholen (siehe Ratsprotokoll S. 830 - 832). Die Schulpflege hat am 7. April 2009 alle Tarife neu festgesetzt, mit Wirkung ab August 2009. Die einzelnen

Tarife wurden dabei um 13 bis 53 Prozent erhöht. Davon waren vor allem die tieferen Einkommen betroffen. Wenn unsere Kundschaft durchschnittlich ein mittleres Einkommen hätte, würde der Kostendeckungsgrad bei rund zwei Dritteln liegen. Es ist aber nach wie vor so, dass vor allem Eltern mit tiefem Einkommen unsere Betreuung beanspruchen. Jene mit hohem Einkommen scheinen entweder wenig Bedarf zu haben oder können sich auf privater Ebene mindestens gleichwertig versorgen lassen. In dieser Situation wird der effektiv zu erreichende Kostendeckungsgrad in nächster Zeit kaum 50 % betragen. In der vorliegenden Rechnung 2009 kamen die neuen Gebühren erst während viereinhalb Monaten zum Tragen. Diese Zahlen sind deshalb noch nicht aussagekräftig.

Die Schulpflege hat in der Antwort auf die Interpellation Frei am 5. März 2009 dargelegt, dass die Erhöhung der Gebührenerträge im Voranschlag kein rechtsverbindlicher Akt für die Festsetzung der Gebühren ist. Die Schulpflege ist überzeugt, dass sie mit der Erhöhung den Spielraum ausgereizt hat und die Adliswiler Gebühren nun eher über dem Durchschnitt im Bezirk liegen. Die Erfahrung zeigt, dass die Schulpflege den Bedarf an Betreuung insgesamt sehr realistisch eingeschätzt hat. Das Angebot wird aber – wie für die Urnenabstimmung dargelegt – erst im Herbst 2010 vollständig ausgebaut sein. Einzelne Einrichtungen, wie z. B. der Mittagstisch Werd, platzen aber schon jetzt aus allen Nähten.

## **Beschlüsse**

- 2.1 Die Jahresberichte 2009 der Abteilungen mit Globalbudget werden genehmigt:  
einstimmige Zustimmung.**
- 2.2 Die Jahresrechnung 2009 der Stadt Adliswil wird genehmigt:  
einstimmige Zustimmung.**
- 2.3 Die Jahresrechnungen 2009 der Pensionskasse der Stadt Adliswil und der Sparversicherung werden genehmigt:  
einstimmige Zustimmung.**

### **3. Fusion der Spitäler Sanitas und Zimmerberg (SRB 74/10)**

#### **3.1 Antrag des Stadtrates auf Genehmigung des Vertrages und des Rahmenvertrages zur Fusion der Spitäler Sanitas und Zimmerberg zu einem Spital mit zwei Standorten (Kilchberg und Horgen)**

#### **3.2 Antrag des Stadtrates, die Einzelinitiative des Ehepaars Dr. med. Nadja Manneh Stark und Günter Stark gegen die Fusion des Spitals Sanitas mit dem Spital Zimmerberg abzulehnen**

#### **Rita Schmid Göldi, Referentin der RGPK:**

Die benachbarten Spitäler Sanitas und Zimmerberg fusionieren, um sich für die Veränderungen der Spitallandschaft ab 2012 zu positionieren. Vor dem Hintergrund steigender Gesundheitskosten und Krankenkassenprämien sowie der Einführung der Fallpauschalen im Jahre 2012 erhalten die Spitäler schweizweit mehr Führungsverantwortung und unternehmerischen Spielraum. Gleichzeitig werden Verluste aber nicht mehr von der öffentlichen Hand gedeckt. Der Kanton Zürich macht den Spitälern klar, dass nur wirtschaftlich arbeitende Betriebe eine Zukunft haben. Dies führt zu einem weiteren Kostendruck und treibt den Umbau der Spitallandschaft voran - Stichwort Spitalliste. Die Spitäler Sanitas und Zimmerberg weisen überdurchschnittlich hohe Fallkosten aus und wären ohne tiefgreifende Massnahmen bei einer Abgeltung nach Fallpauschalen ab 2012 mittel- bis langfristig in ihrer Existenz gefährdet. Das Spital Zimmerberg ist das regionale Notfallspital des linken Zürichseeufers und betreibt 125 Akutbetten in den Disziplinen Innere Medizin, Chirurgie und Frauenheilkunde im Chefarztsystem. Das Spital Sanitas ist ein reines Belegarztspital mit rund 110 Akut- und 20 Pflegebetten, das auch grundversicherte Patienten behandelt. Das Angebot umfasst Chirurgie und Frauenheilkunde. Rund ein Drittel der Patienten im Sanitas kommt aus der Stadt Zürich. Einen Leistungsauftrag für den Betrieb einer Notfallabteilung und einer Intensivstation hat das Spital Sanitas nicht erhalten. Um die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit zu erreichen, müssen beide Spitäler zusammen 10 % oder 10 bis 12 Millionen Franken einsparen. Dies ist nur mit einer klaren Schwerpunktbildung an den jeweiligen Standorten möglich. Mit der Konzentration der Leistungsangebote sollen Kosten gesenkt und mit höheren Fallzahlen Qualität, Attraktivität sowie Wachstum an beiden Standorten erhöht werden. Die Fusion an sich ist in den Gemeinden und bei den politischen Akteuren grösstenteils unbestritten und wird von vielen als Chance gesehen. Die anfangs nicht geplante Schliessung der Geburtenabteilung im Sanitas hat aber zu grossen politischen Diskussionen, Vorstössen und Manifestationen geführt sowie ein eindrückliches Medienecho ausgelöst. Markus Gautschi, Direktor der beiden Spitäler, hat denn auch in einem Interview geäussert, dass die Schliessung der Geburtenabteilung im Sanitas ein ökonomischer und kein Herzensentscheid sei. Gemäss Angaben von Spitaldirektor Gautschi fehlen jährlich 1,5 Millionen Franken, um die Geburtenabteilung im Sanitas aufrechtzuerhalten. „Wenn die Gemeinden uns signalisieren, dass sie diese Kosten übernehmen, dann würden wir das annehmen“, so Gautschi im Interview mit der Zürichseezeitung.

Der Stadtrat unterbreitet mit seiner Weisung vom 16. März 2010 dem Gemeinderat für das Übergangsjahr 2011 - d. h. bis zur Einführung des neuen Finanzierungsmodells mittels Fallpauschalen - den Rahmenvertrag zwischen den beteiligten 12 Gemeinden und der Stiftung Spital Zimmerberg betreffend die Leistungsvereinbarung für den Betrieb

des Spitals im Bezirk Horgen und den Vertrag zwischen den 12 beteiligten Gemeinden betreffend den Betrieb des Spitals im Bezirk Horgen durch die privatrechtliche Stiftung Spital Zimmerberg zur Genehmigung.

Zum Rahmenvertrag zwischen den beteiligten 12 Gemeinden und der Stiftung Spital Zimmerberg betreffend die Leistungsvereinbarung: In diesem Vertrag verpflichtet sich die Stiftung Spital Zimmerberg die gesetzlich vorgeschriebene Spitalversorgung für den ganzen Bezirk Horgen sicher zu stellen. Auf der anderen Seite verpflichten sich die Gemeinden, nebst Kanton und Versicherungen, die Restfinanzierung des Spitalbetriebs sicher zu stellen.

Zum Vertrag zwischen den 12 beteiligten Gemeinden betreffend den Betrieb des Spitals im Bezirk Horgen durch die privatrechtliche Stiftung Spital Zimmerberg: Die 12 Bezirksgemeinden beschliessen mit diesem Vertrag, die öffentliche Aufgabe, ein Schwerpunktspital und Gesundheitszentrum im Sinne des kantonalen Gesundheitsgesetzes zu betreiben und den Rettungsdienst sicher zu stellen, der Stiftung Spital Zimmerberg zu übertragen. Der Stiftung können zusätzliche Dienstleistungen der Gemeinden übertragen werden.

Über den Fusionsvertrag im engeren Sinne haben die Trägergemeinden nicht zu befinden. Dieser kann aber nur in Kraft treten, wenn 8 der 12 Bezirksgemeinden dem Vertrag zwischen den Trägergemeinden und dem Rahmenvertrag zur Leistungsvereinbarung zustimmen. Dies ist gemäss Auskunft von alt Stadtrat Heinz Spälti bereits geschehen. Eine Nichtgenehmigung der Verträge durch den Gemeinderat könnte die in diesen Vereinbarungen enthaltenen Leistungs- und finanziellen Regelungen für das Übergangsjahr 2011 auf der Basis der aktuell geltenden Spitalkreiszuteilung für das fusionierte Spital Zimmerberg nicht mehr beeinflussen. Ab dem Jahre 2012 wird das neue Finanzierungssystem mit der schweizweiten Einführung der Fallpauschalen die stationären Leistungen der Spitäler abgelden. Gleichzeitig will der Zürcher Regierungsrat auf diesen Zeitpunkt hin die neue Spitalplanung umsetzen. Welcher Finanzierungsschlüssel ab 2012 für die Vertragsgemeinden gelten wird, ob die Gemeinden nach Patientenströmen bezahlen werden - was wahrscheinlich ist - oder nach anderen Kriterien, wird im Rahmen der kantonalen Spitalgesetzgebung entschieden werden. Dieses Gesetz muss aber meines Wissens noch in die Vernehmlassung gehen.

Agrund dieser Sachlage empfiehlt die RGPK dem Gemeinderat einstimmig, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen. Aus dieser Empfehlung folgt zwingend auch die Empfehlung der RGPK, die Einzelinitiative des Ehepaars Manneh Stark gegen die Fusion des Spitals Sanitas mit dem Spital Zimmerberg abzulehnen.

Als beauftragte Prüferin wollte ich wissen, welche Vorstellungen sich der Stadtrat konkret unter Punkt 3 seines Beschlusses - er unterstütze die Bestrebungen zur Erhaltung der Geburtenklinik im Sanitas und werde sich im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür einsetzen, - gemacht hat. Alt Stadtrat Heinz Spälti führte dazu aus, dass der Stadtrat bereit wäre - vorbehältlich, dass die anderen Bezirksgemeinden dies auch tun werden - einen jährlich wiederkehrenden substanziellen Betrag an die Betriebskosten der Geburtenabteilung zu sprechen und gegebenenfalls dem Gemeinderat entsprechend Antrag zu stellen. Die RGPK unterstützt dieses Bestreben des Stadtrates, sich nach Möglichkeiten für die Erhaltung der Geburtenklinik einzusetzen ausdrücklich.

**Peter Werder:**

Wir debattieren über ein emotionales Thema, das aber an einer äusserst sachlichen Frage hängt. Es geht nämlich darum, ob das Überleben des Spital Sanitas finanzierbar ist. Diese Frage wurde im Vorfeld oft verwechselt mit der Frage, ob wir uns ein Spital Sanitas wünschen - egal, zu welchem Preis. Leider stehen aber beim Überleben des Spital Sanitas eben die Kosten im Zentrum. Im Vorfeld wurde diese Sachfrage emotionalisiert. Die FDP-/EVP-Fraktion war die einzige, die gegen die Einzelinitiative Manneh/Stark votiert hat. Wir haben die Emotionen von der Sache getrennt, und das werden wir auch weiterhin tun. Auch wir wünschen uns ein Spital Sanitas - aber hier geht es um die Frage, ob das finanzierbar ist. Finanzierbar für die Stadt Adliswil und finanzierbar in einem Gesundheitswesen, in dem die Kosten regelrecht explodieren. Das sollten Sie nicht nur als Steuerzahlende, sondern auch als Prämienzahlende bedenken.

Damit das Spital Sanitas finanzierbar ist, braucht es eine Fusion mit dem Zimmerberg zu einem Spital mit zwei Standorten. Dabei entsteht die neue Geburtenabteilung im Zimmerberg. Das kann man emotional ablehnen - es ist aber schlicht und einfach eine politische und finanzielle Notwendigkeit. Die Geburten im Sanitas kosten mehr, als über die Fallpauschale ab 2012 abgerechnet werden kann. Wenn Sie eine bessere Lösung haben, wie Sie diese Mehrkosten finanzieren können, dann melden Sie sich jetzt. Unsere Argumente gelten unverändert, ich gehe darauf nicht ein. Nur soviel: Die Einzelinitiative schliesst eine Fusion aus, auch darauf hatten wir hingewiesen, und ich hoffe, dass wir heute nicht wieder die einzigen sind, die diesen Unterschied sehen. Wer für die Initiative war, war gegen die Fusion. So steht's im Text.

Wir freuen uns sehr, dass der Stadtrat und die RGPK dem Vertrag zustimmen. Auch die FDP-/EVP-Fraktion spricht sich für den Vertrag und gegen die Einzelinitiative aus.

**Davide Loss:**

Es ist ein emotionales Thema, das viele bewegt. Die SP-Fraktion hat mit Zähneknirschen grossmehrheitlich den Vernunftentscheid getroffen, die Anträge des Stadtrates zu unterstützen. Ich kann dies aber nicht, und zwar aus folgenden Gründen: Wie soll ich den Steuerzahlenden erklären, dass die Wöchnerinnenabteilung letztes Jahr mit Fr. 850'000.-- ausgebaut wurde, und jetzt wird sie geschlossen. Beim Ausbau wurde nicht gespart, im Gegenteil, man hat sich Luxus geleistet, und jetzt heisst es plötzlich, wenn die Fusion nicht erfolge, müsse die Abteilung geschlossen werden. Das ist für mich ein Widerspruch. Die Fusion ist auch für mich unbestritten, aber die Frage ist, wie man diese machen soll. Wir sind ein wenig vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Es wurde nicht versucht, ein wirtschaftlich sinnvolles Konzept zu finden, sondern es wurde gesagt, es gehe nur mit der Schliessung der Geburtenabteilung. Das bedauere ich sehr. Man hat z. B. nie geprüft, ob man eine Neonatologie-Abteilung eröffnen könnte, um eine Konzentration der Geburten zu erreichen. Wir haben jetzt doch die Westumfahrung - ich vermisse die Weitsicht. Auch ich erkenne das Kostenproblem, aber es stand von Anfang nur die Schliessung der Geburtenabteilung zur Diskussion, und das ist für mich nicht in Ordnung. Das Sanitas hat einen ausgezeichneten Ruf als Geburtsklinik, und dieser soll heute Abend beerdigt werden. Ich habe mich nochmals mit den Zahlen und Fallpauschalen auseinandergesetzt - es ist sehr komplex. Ein Modell sagt, dass es ab 800 Geburten kostendeckend sei. Ich weiss nicht, ob dies stimmt oder nicht, ich habe einfach gesehen, dass es verschiedene Zahlen gibt. Aus meiner Sicht ist es heute Abend auch die

Frage „Sanitas ja oder nein“. Wenn wir die Geburtenabteilung dieser Geburtsklinik schliessen, was bleibt dann noch? Wir nehmen das Herzstück weg. Ich kann das nicht, und ich wünsche mir, dass auch Sie ein Zeichen fürs Sanitas setzen.

### **Beschluss**

**3.1 Der Vertrag und der Rahmenvertrag zur Fusion der Spitäler Sanitas und Zimmerberg zu einem Spital mit zwei Standorten (Kilchberg und Horgen) wird genehmigt:**

**Zustimmung mit 26 : 2 Stimmen.**

**3.2 Die Einzelinitiative des Ehepaars Dr. med. Nadja Manneh Stark und Günter Stark gegen die Fusion des Spitals Sanitas mit dem Spital Zimmerberg wird abgelehnt:**

**einstimmige Zustimmung.**

#### **4. Kostendeckende Einbürgerungsgebühren**

##### **Motion von Mario Senn und 23 Mitunterzeichneten betr. Kostendeckende Einbürgerungsgebühren**

Mario Senn und 23 Mitunterzeichnete haben am 13.5.10 folgende Motion eingereicht:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Entwurf zur Änderung der „Verordnung über die Erteilung des Bürgerrechts der Stadt Adliswil“ (Bürgerrechtsverordnung) vorzulegen, welcher folgende Punkte umfasst:

1. Die Einbürgerungsgebühren für Gesuche von Personen ohne Rechtsanspruch auf Einbürgerung sollen die Verfahrenskosten decken.
2. Bei einer ablehnenden Entscheidung und bei zurückgezogenen Gesuchen hat der Gesuchsteller die Kosten zu tragen, die durch das Verfahren angefallen sind.

Begründung:

Am 22. November 2005 hat der Gemeinderat auf Antrag des Stadtrates beschlossen, die Einbürgerungsgebühren auf Fr. 500.-- pro Person festzulegen - dies unabhängig davon, ob der Bewerber einen gesetzlichen Anspruch auf die Einbürgerung hat oder nicht. Gemäss kantonaler Bürgerrechtsverordnung (LS 141.11) dürfen die Gebühren höchstens die Verfahrenskosten decken (§ 43 Abs. 1). Es erscheint mehr als fraglich, dass die zurzeit gültigen Fr. 500.-- auch nur annähernd alle Verfahrenskosten (Sachbearbeitungsaufwand, Auslagen und Gebühren im Zusammenhang mit der Sachbearbeitung, Aufwand der Exekutive, Aufwand der Legislative) miteinbeziehen. In Bülach, wo ausschliesslich der Stadtrat für Einbürgerungen zuständig ist, werden für das Verfahren bereits Fr. 800.-- erhoben. In der Stadt Zürich bspw. werden pauschal Fr. 1'200.-- verrechnet: Dieser Wert beruht auf einer Berechnung, die im Jahr 2005 durchgeführt wurde. Auch in Dübendorf wurde eine Berechnung vorgenommen und der Pauschalbetrag auf Fr. 1'450.-- festgesetzt. In Wädenswil wird für das Verfahren pro Dossier eine Gebühr in der Höhe von Fr. 1'500.-- eingefordert. Offenbar hat der Adliswiler Stadtrat keine solchen Berechnungen vorgenommen, sonst hätte er dies im Antrag zur Gemeinderatssitzung vom 22. November 2005 erwähnt.

##### **Mario Senn, zur Begründung:**

Die Motion hat zum Ziel, kostendeckende Einbürgerungsgebühren zu erheben. Zum ersten Punkt, Kostendeckung: Die in der Motion aufgeführten Gemeindevergleiche zeigen, dass Adliswil mit Abstand die tiefsten Gebühren erhebt. Das verlangt nach einer Änderung. Ob der Stadtrat eine eigene Berechnung erstellt oder eine von einer anderen Gemeinde übernimmt, ist ihm überlassen. Wenn aber die Verfahrenskosten höher sind als die Gebühren, dann ist das eine Subvention des Einbürgerungsverfahrens durch die Steuerzahlenden, und dies, obwohl die Empfänger der Leistungen klar identifizierbar sind. Es ist folglich eine Frage des Verursacherprinzips. Da frage ich mich schon, welches Interesse die Steuerzahlenden haben sollen, ein Einbürgerungsverfahren mitzubezahlen. Beim zweiten Punkt, Gebühren sollen auch bei Ablehnung oder Rückzug fällig werden, gelten dieselben Überlegungen. Auch bei negativen Entscheidungen oder einem Rückzug entstehen Kosten. Sowohl die eidgenössischen als auch die kantonalen Regelungen zum Bürgerrecht machen es klar: Es ist das Verfahren und der Entscheid gebührenpflichtig und nicht die Einbürgerung. Darum ist es eine Frage der Gleichbehandlung

zwischen den Gesuchen und dem Verfahren. Der Grundsatz muss sein, dass jede und jeder die Verfahrenskosten selber trägt. Aus diesen Gründen sind die beiden Punkte nicht zu trennen. Es geht aber auch darum, dass der Spielraum, der uns zur Verfügung steht, maximal ausgenutzt wird. Es handelt sich auch hier wieder um den typischen Fall der „Adliswiler Krankheit“ - es wird nicht genau darauf geachtet, wohin das Geld fliesst. Auch viele kleine Beträge ergeben eine grosse Summe. Es geht immer wieder um die gleiche Frage: Was für Leistungen wollen wir mit den Steuergeldern bezahlen. Das Einbürgerungsverfahren zu subventionieren, gehört definitiv nicht dazu. Ich bitte deshalb um Zustimmung zur Motion.

**Stadtpräsident Harald Huber:**

Der Stadtrat hat nichts dagegen, die Motion entgegenzunehmen.

**Barbara Häberli:**

Dem Punkt 1, dass die Einbürgerungsgebühren kostendeckend verrechnet werden sollen, kann die SP-Fraktion zustimmen. Dass aber auch bei einem ablehnenden Entscheid oder Rückzug des Gesuches die anfallenden Kosten verrechnet werden sollen, können wir nicht unterstützen. Wädenswil z. B. fordert solche Kosten auch nicht ein. Deshalb können wir die Überweisung der Motion nicht unterstützen.

**Beschluss**

**Die Motion von Mario Senn und 23 Mitunterzeichneten betr. Kostendeckende Einbürgerungsgebühren wird an den Stadtrat zur Berichterstattung und Antragstellung überweisen:**

**Zustimmung.**

Schluss der Sitzung: 21.45

Für die Richtigkeit:

Ida Hofstetter, Ratssekretärin